

# Beschwichtigungen der E.ON Netz GmbH erwecken Misstrauen

## Bokelmann (SPD): Erdverkabelung landesraumordnerisch festschreiben

**HARPSTEDT** • Den „beschwichtigenden Aussagen“ der E.ON-Netz GmbH misstraut auch Hermann Bokelmann. Der SPD-Samtgemeinderatsherr schilderte am Montag dem Vorstand des SPD-Ortsvereins Harpstedt seinen Eindruck von der Anhörung im Niedersächsischen Landtag, an der er vergangene Woche teilgenommen hatte. Dort habe Jens Kammann von der Interessengemeinschaft (IG) „Vorsicht Hochspannung“ die Gründe, die gegen eine 380-KV-Freileitung Ganderkesee-St. Hülfe sprechen, „fachlich fundiert und mit großer Sachlichkeit vorgetragen“. Die Experten hätten diese Argumente zum großen Teil bestätigt. Siemens habe klar gemacht, dass die Gesamtstrecke als gasisolierte Erdleitung (GIL) gebaut werden könne. Der Vertreter der E.ON hätte mit seinen einlenkenden Äußerungen zwar den Eindruck erweckt, als hätte E.ON nichts gegen eine Verkabelung, wenn an-

dere die Kosten tragen, aber alle in Hapnover aufkeimenden Hoffnungen seien danach, beim „E.ON-Info-Abend“ im Hotel „Gut Altona“, zerstört worden – das habe die SPD-Landtagsabgeordnete Renate Geuter mitgeteilt und damit die Ansicht der IG „Vorsicht Hochspannung“ bestätigt. Der E.ON-Aussage, die Leitung sei wegen des Windstroms erforderlich, widersprach der Bundesverband Windenergie, nach dessen Ansicht die Trasse im gleichen Umfang für Stromhandel benötigt wird. Kenner der Materie behaupten, nur ein 20-prozentiger Anteil sei für den Windstrom erforderlich, und der könne auch im Zuge einer Verstärkung vorhandener Leitungen abgeleitet werden.

Verwunderung hat die Aussage von Ministerpräsident Christian Wulff gegenüber dem Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund ausgelöst, wonach die von der E.ON Netz GmbH geplante 380-KV-Hochspan-

nungsleitung von Ganderkesee nach St. Hülfe als Lückenschluss im vorhandenen Leitungsnetz „auch ohne den weiteren Ausbau der Windenergienutzung erforderlich“ sei. Hermann Bokelmann ist von dieser Äußerung enttäuscht: „Damit wird deutlich, dass die Landesregierung überhaupt nicht mehr prüft, ob die Leitung notwendig ist.“

Der Landtag solle der Anregung des Städte- und Gemeindebundes folgen, neue Stromleitungen grundsätzlich zu verkabeln, und diesen Passus im Landesraumordnungsprogramm (LROP) verankern, fordert Bokelmann. Und weiter: „Die Abgeordneten sollten sich auch nicht an der Beschwichtigungspolitik der E.ON beteiligen. Damit erwecken sie lediglich den Eindruck, dass die E.ON von ihren Zielen abweicht. Nur eine eindeutige Vorschrift im LROP führt zur Erdverkabelung, ein zehnprozentiger Zuschuss der EU mit Sicherheit nicht.“